



MEDIENMITTEILUNG

GSoA und SP gefährden wirtschaftliche und sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit der Schweiz

Exportverbot gefährdet Sicherheit und vernichtet Arbeitsplätze

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) begrüsst den Entscheid des Bundesrats, die GSoA-Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Initiative torpediert die Sicherheitspolitik der Schweiz, weil ohne eigene Wehrtechnik-Industrie die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee nicht mehr gewährleistet werden kann. Bei einer Annahme würden Tausende von hochspezialisierten Arbeitsplätzen vernichtet. Der Ruf der Schweiz als verlässlicher Wirtschaftspartner würde geschädigt. Der asuw lehnt aber Verschärfungen des bewährten Exportregimes, wie sie die vorliegende Revision der Kriegsmaterialverordnung (KMV) darstellt, ab.

Zürich, 27. August 2008 – Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung die Botschaft zur Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) verabschiedet. Er ist zu Recht der Meinung, dass die bewährte geltende Gesetzgebung für die Belange der Rüstungsausfuhren den ausserpolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in ausgewogener Art und Weise Rechnung trägt. Er unterstreicht erneut die Wichtigkeit einer funktionierenden Schweizer Wehrtechnik-Industrie zur Erhaltung der für die Landesverteidigung wichtigen Technologien.

«Mit dem Versuch, die noch bestehende Schweizer Rüstungsindustrie zu liquidieren, torpedieren die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und ihre Konsorten einmal mehr gezielt die von Bundesrat, Parlament und dem Schweizer Volk getragene Sicherheitspolitik», sagt Nationalrat Jean-François Rime, Co-Präsident des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw). «Denn: Ohne Exportmöglichkeit keine private Schweizer Wehrtechnik-Industrie, ohne eigene Industriebasis kein glaubwürdiger Aufwuchs für eine unabhängige Schweizer Sicherheitspolitik.»

Völlige Nutzlosigkeit für Weltfrieden – gravierender Schaden in der Schweiz

Der Schweizer Anteil am internationalen Rüstungsmarkt ist verschwindend klein und ein Verzicht auf den Schweizer Export hätte keine Auswirkung auf den Weltfrieden. Kein Konflikt würde gelöst und kein Franken würde weltweit weniger für Rüstung ausgegeben. Von einem Exportverbot für Schweizer Wehrtechnik würden aber die ausländische Konkurrenz und der internationale Waffenhandel profitieren. Bereits wird vor der Unzuverlässigkeit der Schweizer Lieferanten gewarnt. Die Konsequenzen wären deshalb für die Schweizer Volkswirtschaft und Arbeitsplätze gravierend – kein Nutzen resultiert dagegen für die leidgeprüfte Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten der Welt.

Zwangskonversion zerstört hochqualifizierte Industrie- und Forschungsarbeitsplätze

Weil die Schweizer Rüstungsindustrie zwingend auf Exportmöglichkeiten angewiesen ist, würde ihr mit einer Annahme der Initiative die Existenzgrundlage entzogen. Zahlreiche hochspezialisierte Unternehmen aus der Maschinen- und Elektroindustrie sowie unzählige kleine und mittlere Zulieferbetriebe im ganzen Land müssten schliessen oder Produktesparten aufgeben und ihre Betriebe restrukturieren. Tausende von hochspezialisierten Arbeitsplätzen gingen verloren. Unter dem Ver-

lust an Rechtssicherheit und Vertrauen schliesslich würde die gesamte Schweizer Exportindustrie leiden. Kunden und Abnehmer-Staaten hätten kein Verständnis für Schweizer Lieferboykotte.

Die Initianten stellen den durch das Ausfuhrverbot betroffenen Regionen und Mitarbeitern eine staatliche Konversionsbeihilfe aus Steuergeldern während zehn Jahren in Aussicht. «*Eine solche interventionistische Umstrukturierungspolitik ist volkswirtschaftlich und ordnungspolitisch völlig falsch*», erklärt asuw-Co-Präsident Ständerat Bruno Frick. Die staatlich subventionierten Betriebe würden funktionierende Märkte und Arbeitsplätze von Schweizer Firmen vernichten, die in diesen Markt Bereichen tätig sind. Erfahrungen aus dem Ausland belegen, dass solche Konversionsprojekte in 80 bis 90 Prozent der Fälle keinen Erfolg haben.

Der asuw ist bestürzt, dass die Sozialdemokratische Partei sich als Bundsratspartei dazu hergibt, das radikale Anliegen der GSoA gegen die geltende Sicherheits- und Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Sie tut dies opportunistisch auf Kosten der Arbeitnehmer und der Sicherheit der Schweiz.

Der asuw kämpft gegen das sinnlose und schädliche GSoA-Ansinnen und ist überzeugt, dass die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die geltende realistische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik mitträgt und die unverantwortliche und gefährliche Initiative ablehnen wird.

Schweiz mit vorbildlicher Exportkontrolle

Die Revision der Kriegsmaterialverordnung (KMV), die der Bundesrat zusammen mit der Botschaft zur GSoA-Initiative vorgelegt hat, lehnt der asuw ab. Die Revision stellt eine klare Verschärfung der Ausfuhrkriterien dar. «*Unsere Gesetzgebung genügt europäischen Standards vollumfänglich. Verschärfungen sind unnötig und schädlich*», so Ständerat Bruno Frick, Co-Präsident des asuw. Die aktuellen Bewilligungskriterien für Rüstungsausfuhren entsprechen einem hohen ethischen Standard und tragen unter anderem der Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit sowie der Situation im Innern des Bestimmungslandes Rechnung. Die Schweizer Wehrtechnik-Industrie ist weiterhin auf verlässliche und berechenbare rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen.

Für weitere Informationen:

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik
Postfach 65
8024 Zürich
E-Mail: mail@asuw.ch

Ständerat
Bruno Frick
Co-Präsident
Tel: 055 / 418 30 33

Nationalrat
Jean-François Rime
Co-Präsident
Tel: 079 / 230 24 03

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) steht für eine realistische, auf die heutigen Gefahren und Chancen zugeschnittene Sicherheits- und Rüstungspolitik. Rund vierzig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft setzen sich für faire Rahmenbedingungen der Schweizer Wehrindustrie ein. Diese sollen sich am europäischen Umfeld und an den Bedürfnissen der Schweizer Sicherheitspolitik orientieren.
Mehr Informationen unter: www.asuw.ch / www.cstd.ch

Mitglieder des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw):

NR Alexander J. Baumann
SR Peter Briner
SR Rolf Büttiker
SR Hermann Bürgi
RR Josef Dittli
NR Corina Eichenberger
NR Eduard Engelberger
NR Charles Favre
SR Jean-René Fournier
SR Bruno Frick
NR Ursula Haller
RR Ernst Hasler
NR Brigitte Häberli-Koller

NR Gabi Huber
NR Markus Hutter
SR Filippo Lombardi
NR Peter Malama
NR Werner Messmer
NR Walter Müller
NR Guy Parmelin
NR Jean-François Rime
NR Johann N. Schneider-Ammann
NR Pius Segmüller
NR Luzi Stamm
SR Philippe Stähelin
NR Christian Wasserfallen

Stephan Bieri, ehem. ETH-Ratspräsident
Hans-Ulrich Bigler, Direktor
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Markus Blass, Präsident SOGART
Hervé De Weck, ehem. Chefredaktor RMS
Peter Forster, Chefredaktor Schweizer Soldat
Stefan Holenstein, KOG ZH
Robert Keller, alt Nationalrat
Daniel Lätsch, Direktor MILAK
Arthur Liener, Generalstabschef a D
Urs Ramseier, Präsident Schweizerische
Gesellschaft Technik und Armee (STA)
Urs Rinderknecht, Verein Sicherheitspolitik
und Wehrwissenschaft (VSWW)
Ulrich Schlüer, alt Nationalrat
Carlo Schmid-Sutter, alt Ständerat
Andreas Richner, Geschäftsführer